

Was wird Amerika tun?

Alle Welt sieht wieder einmal gespannt nach Amerika und fragt: Was wird Wilson tun? Noch ist die Sensation seiner Friedensbotschaft nicht verpufft, und schon müssen wir eine andere Sensation von ihm erwarten. Wenn der Reichskanzler in seiner den rücksichtslosen Unterseebootkrieg einleitenden Rede den Satz sprach: „Niemand unter uns wird vor dem Ernst des Schrittes, den wir tun, die Augen verschließen“, so hat er nur an Amerika gedacht, denn die anderen neutralen Staaten haben sich in der Diskussion über den Unterseebootkrieg nicht exponiert, und auf die feindlichen Staaten nimmt man selbstverständlich keine Rücksicht. Für Amerika sind auch bei der Ankündigung des neuen U-Boot-Regimes besondere Anordnungen getroffen, eine Ausnahmsbehandlung vorgesehen worden, indem Deutschland sich bereit erklärt hat, einen Passagierdampfer wöchentlich im Verkehr zwischen Amerika und England unter bestimmten von Amerika zu erfüllenden Voraussetzungen freizugeben.

Wird Amerika dieses Angebot, das seinem Verkehrsbedürfnis bis zu einem gewissen

Grade Rechnung trägt, annehmen und sich im übrigen gegenüber dem rücksichtslosen Unterseebootkrieg auf einen formellen Protest beschränken oder ganz passiv verhalten? Wie immer Amerika sich entschließen wird, wird seine Entscheidung von großer Bedeutung sein. Aber wie es sich entschließen wird, darüber kann heute bei uns niemand etwas wissen. Man kann nur, der Information halber, an die Präzedenzen erinnern. Der rücksichtslose Unterseebootkrieg ist ja nicht ganz neu. Begonnen hat der Unterseebootkrieg bekanntlich im Februar 1915 in jenen Formen, die man seither, gerade infolge der Kontroversen mit Amerika, als rücksichtslos von jenen Formen zu unterscheiden gelernt hat, die man als die Formen des Kreuzerkrieges bezeichnet. Zu diesen letzteren ist die deutsche Regierung infolge der Proteste Amerikas im Sommer 1915 stillschweigend übergegangen, ist dann zeitweilig wieder zu den ursprünglichen Formen zurückgekehrt, um sich schließlich vom Mai 1916 an zu den Regeln des Kreuzerkrieges offen zu bekennen. In jener ersten Phase des rücksichtslosen Unterseebootkrieges hat nun die deutsche Regierung, ähnlich wie heute, der amerikanischen Regierung eine besondere Begünstigung für den amerikanischen Passagierverkehr angeboten. Es geschah das in der Note der deutschen Regierung vom 8. Juli 1915. Die amerikanischen Passagierdampfer sollten „durch besondere Abzeichen kenntlich gemacht und in angemessener Zeit vorher angefragt“ werden; auch sollte die amerikanische Regierung „die Gewähr dafür übernehmen, daß diese Schiffe keine Konterbande an Bord haben“ — also ganz ähnlich wie jetzt. Die amerikanische Regierung hat aber in ihrer Antwort vom 23. Juli 1915 dieses Angebot abgelehnt, weil dessen Annahme implizite „ein Aufgeben der Grundsätze bedeuten würde, für die die amerikanische Regierung eintritt“.

Seither ist nun freilich viel vorgefallen, der Krieg ist um anderthalb Jahre älter geworden, und in letzter Zeit haben sich zwei Ereignisse vollzogen, die möglicherweise die Haltung der

Vereinigten Staaten verändern könnten: die Ablehnung des Friedensangebotes der Zentralmächte durch die Entente und die Friedensbotschaft des Präsidenten Wilson — zwei Ereignisse, auf die auch in den Notizen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands bei Ankündigung des rücksichtslosen Unterseebootkrieges Bezug genommen worden ist. Doch muß man auch mit der Gefahr rechnen, daß Amerika auf seiner früheren Gegnerschaft beharrt und daraus sogar die damals angedrohten Konsequenzen zieht. Die Zentralmächte haben diese Möglichkeit bei ihrer Entscheidung mitberücksichtigt. Das bezeugt auch der bayerische Kriegsminister Söllingrath, der gestern in der bayerischen Kammer sagte: „Neben der Gefahr, daß der Eintritt dieses U-Bootkrieges eine Verschiebung der politischen Lage zur Folge haben kann, sind wir im klaren. Wir können dieses Risiko auf uns nehmen und sind für alle Möglichkeiten gerüstet.“